

F. K. Reinhart, Prof. Dr.
chemin de Chandolin 9
1005 Lausanne
Tf.: 021 312 26 43
Email: fkreinhart@usti.net

7. September 2014

Frau Bundesrätin
D. Leuthard, Vorsteherin Dep. UVEK
Bundeshaus Nord
Kochergasse 10
CH-3003 Bern

Betr.: **Energiewende**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

Mit Ihrer indirekten Antwort auf meinen Brief vom 25. Juli 2014 durch den Direktor BfE, W. Steinmann, haben Sie meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Herr Steinmann hat in seiner Antwort keines meiner zentralen Argumente aufgenommen. Herr Steinmann hat offensichtlich kein Interesse an einer offenen Diskussion und zieht es anscheinend mit Ihrem Einverständnis vor, mit Scheinargumenten und Redeverbotten die Energiewende in sowjetischer Manier zu retten, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass Ihre BfE Mitarbeiter inklusive des Direktors so dumm sind, die Gegenargumente nicht verstehen zu können. Was gewisse ETHZ – EPFL Professoren, SATW und Umweltideologen als Beweise für die Machbarkeit der propagierten Energiewende angeben sind leere Papierübungen, die **bewusst wichtigste Aspekte der Physik, Technik, Oekonomie und Politik ausklammern**. Sogar die Umweltaspekte sind nicht konsequent erfasst, so dass die angestrebte Nachhaltigkeit eine reine Illusion ist. Diese Studien sind für die Autoren ein probates Mittel, ohne grosse Anstrengung leicht an staatliche Forschungsgelder zu kommen. Das intellektuelle Niveau dieser Studien liegt leider auf dem Niveau von isolierten Forschern die keine Ahnung von den grösseren Zusammenhängen haben. Die Situation in der Schweiz ähnelt der deutschen, wo Minister F.W. Steinmeier, von Verantwortungslosigkeit und Fehlen von energiepolitischer Kompetenz im Kabinett spricht.

In allem Respekt zu den japanischen Errungenschaften muss das BfE via die Medien endlich öffentlich feststellen, dass Japan im Kernreaktorbereich nie eine Vorbildsstellung hatte und sogar zur Zeit der Fukushimakatastrophe nicht einmal auf dem aktuellen Stand der Technik war. (Die Fukushima Reaktoren waren nicht mit adäquaten Sicherheitsvorrichtungen versehen, die selbst beim alten Mühlebergreaktor schon seit langer Zeit vor der Katastrophe Standard waren.) **Chinesische Anstrengungen und Fortschritte im Kerntechnikbereich weiterhin zu ignorieren** ist reine Vogel Strauss Politik. Diese wichtigen Tatsachen zu unterdrücken zeugen von einer ideologisch orientierten Politik und sind somit nicht zielführend.

In der Antwort wird auch betont, dass der Ausstieg aus der Kernkraft kein Technologieverbot darstellt und somit ohne weiteres auf diesem Gebiet geforscht werden darf. Diese Formulierung hat den Beigeschmack einer staatlichen Forschungsbeglaubigung. Es wird aber so gehandelt in dem kein Geld mehr von verschiedensten Stellen zur Verfügung gestellt wird. Faktisch stehen fast keine Mittel zur Verfügung für die Fissionsforschung. Der ETHZ Bericht 2013 unterstreicht im ersten Abschnitt „weg von der Kernenergie“ und bestätigt damit, dass es dafür keine Mittel mehr gibt. Anstatt werden wertvolle Forschungsmittel für die unsinnige CO₂ Sequestrierung verschleudert. Nicht nur die Zensur sondern auch die fehlenden Mittel halten intelligente

Studenten und Forscher ab, sich für die Herausforderung der modernen Kerntechnik zu engagieren, wenn zusätzlich noch die Aussichten einer Karriere a priori durch ein Anwendungsverbot in Frage gestellt werden. Die Auswirkungen Ihrer Politik sind bereits fühlbar, indem die Ausbildungsplätze in Kernenergie nur ungenügend genützt werden. Einen Mangel an best ausgebildeten Kernphysikern und Kerningenieuren dürfen wir uns aus Sicherheitsgründen niemals leisten.

Staatliche Forschungsförderung kann sehr wirkungsvoll, ja wünschenswert sein, wenn den engagierten Forschern und Forscherinnen ein weitgehender Freiraum gegeben wird, der freie, insbesondere ideologiefreie Kritik fördert. Als Beobachter stellt man leider fest, dass diese Voraussetzung in sehr vielen Fällen nicht erfüllt ist. Im Gegenteil, viel der sogenannten Spitzenforschung unserer ETH ist nichts anderes als treten an Ort, weil gewisse Ideen ohne Kritik von anderswo telle quelle übernommen wurden. **Die Forscher sind gezwungen Resultate zu liefern, die mit den Zielen der Energiewende im Einklang stehen, unabhängig davon, ob die notwendigen Voraussetzungen dazu vorhanden sind und/oder industrielles Potential haben. Das fragwürdigste der neuen Forschungsziele liegt sicher im Bereiche des „Social Engineering“, wie in der Publikation des Nationalfonds, Horizonte, Dezember 2013, zu lesen war und nun offensichtlich an verschiedenen Tagungen propagiert und als ultima ratio zur Bewältigung der Energiewende dienen soll.** Diese Tatsachen und Massnahmen sind diejenigen eines totalitären, planwirtschaftlichen Staates und haben keinen Platz in unserer Schweiz.

Die angestrebte Energiewende ist weder technisch noch ökonomisch nachhaltig und kreierte ernsthafte elektrische Versorgungs- und Stabilitätsprobleme, **die speziell in Deutschland schon hervorgetreten sind**, die nur mit einem riesigen zusätzlichen technischen Aufwand und Kosten in den Griff genommen werden können. **Die Photovoltaik- und Windkapazität (PV-WK) muss durch Kohlekraftwerke gleicher Leistungsfähigkeit ergänzt werden für Perioden wo PV-WK nicht operationell sind, was aber aus Stabilitätsgründen zur Verschleuderung von Energie führt wenn viel Sonne- und Windenergie anfällt.** Weder Sonne noch Wind stellen eine Rechnung, **wohl aber die Brauchbarmachung der (PV-WK).** Die Verschleuderung des Stroms kann mit umfangreichen Speicherungs-Kapazitäten, und neuen Netzen reduziert werden. Aber Langzeitspeicher, deren Fassungsvermögen für die elektrische Versorgung von mehreren Wochen (Wintermonate) genügend gross sind, sind technisch noch gar nicht verfügbar.

Zusätzlich repräsentiert die Mehrzahl der Forschungsansätze eine Verschleuderung der Innovationskapazität und der Forschungsgelder unseres Landes. **Subventionsspritzen und planwirtschaftliche Massnahmen** sind die **ungeeignetsten Mittel** technische Probleme zu lösen.

Mit freundlichen Grüssen

F. K. Reinhart
Prof. hon. EPFL, Dr. sc. techn. EPFZ

Verteiler: W. Steinmann, Direktor BfE
U. Maurer, Bundesrat, Stellvertreter UVEK
J. Schneider-Ammann, Bundesrat
A. Berset, Bundesrat